

Pressedienst Nr. 16468  
Mittwoch, 15. Februar 2023

Erneuerbare-Gase-Gesetz geht in Begutachtung . . . . .	1
Moosbrugger: Inländische Biogaserzeugung wichtig für Versorgungssicherheit . . . . .	2
Agrarvertreter sprechen mit EU-Umweltkommissar über Wolfsproblematik . . . . .	3
Nutztierbestände waren 2022 in Österreich allesamt rückläufig . . . . .	4
LK Kärnten spricht sich entschieden gegen Mercosur aus . . . . .	5
Übermütige Motorschlitten-Fahrer verärgern Landwirte im Mühlviertel . . . . .	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Erneuerbare-Gase-Gesetz geht in Begutachtung

Bis 2030 sollen jährlich 7,5 Terawattstunden heimisches Biogas produziert werden

Wien, 15. Februar 2023 (aiz.info). - Das Erneuerbare-Gase-Gesetz (EGG) wurde heute, Mittwoch, von der Bundesregierung in Begutachtung geschickt. Darin werden der Ausbau der heimischen Biogasproduktion bis 2030 sowie eine jährliche Einspeisung von mindestens 7,5 Terawattstunden Grünes Gas in das heimische Gasnetz festgelegt. Die Versorger werden verpflichtet, im Jahr 2030 jeweils 7,7% des heute verwendeten Erdgases durch heimisches Biogas zu ersetzen. Dieser Anteil steigt bis zum Erreichen des Ziels jährlich. Angerechnet werden kann nur Biogas, das in Österreich erzeugt wird. Importe zählen nicht zur Quote.

Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** betont dazu: "Mit dem Erneuerbaren-Gase-Gesetz zünden wir den Turbo für Biogas aus Österreich und sichern unsere Energieversorgung weiter ab. Biogas ist ein Schlüsselfaktor für die Energiewende. Es schafft weniger Abhängigkeit von fossilen Importen, mehr Klimaschutz sowie Wertschöpfung für unsere Regionen. Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur Energiewende. Angesichts der geopolitischen Lage gilt es mehr denn je, das verfügbare Potenzial auf unseren Bauernhöfen weiter auszubauen. Mit dem Erneuerbaren-Gase-Gesetz setzen wir auf den Misthaufen, statt auf den Bohrturm und schaffen die Basis, um Holzreste, Gülle und andere biogene Reststoffe künftig energetisch besser zu nutzen."

Biogas wird in entsprechenden Anlagen aus Holzresten, landwirtschaftlichen Abfällen oder auch Biomüll durch ein chemisches Verfahren erzeugt. Dabei werde über den gesamten Prozess gleich viel klimaschädliches CO<sub>2</sub> gebunden, wie bei der Verbrennung erzeugt wird. Biogas könne direkt fossiles Erdgas, das aus Ländern wie Russland importiert werden muss, ersetzen. Es eigne sich deshalb für den Einsatz in Bereichen, in denen Gas nicht durch bessere Alternativen ersetzt werden könne. Dazu gehörten etwa Hochtemperaturanwendungen in der Industrie.

"Bis 2030 wollen wir in Österreich 7,5 Terawattstunden erneuerbares Gas produzieren - Energie aus der Region für die Region. Wir sind uns bewusst, dass wir uns damit ein ambitioniertes Ziel setzen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es einen gemeinsamen Kraftakt der Energiewirtschaft, der Anlagenbetreiber und unserer Bäuerinnen und Bauern, welche die Rohstoffe zur Verfügung stellen. Das verpflichtende Quotenmodell wird dafür sorgen, dass eine entsprechende Nachfrage am Markt vorhanden ist."

Die entsprechenden Eckpunkte des Gesetzes wurden auf der Regierungsklausur Anfang Jänner vereinbart und durch Experten des Klimaschutzministeriums umgesetzt. Die Öffentlichkeit kann nun sechs Wochen Stellungnahmen zum Entwurf abgeben. (Schluss)

## Moosbrugger: Inländische Biogaserzeugung wichtig für Versorgungssicherheit

### Erneuerbare-Gase-Gesetz in Begutachtung - Zwei-Drittel-Mehrheit gefordert

Wien, 15. Februar 2023 (aiz.info). - Mit den Worten "Wir haben im Energiesystem 'zu viel Fossil', Erneuerbare sind das Wahre" verleiht LK Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** dem heute in Begutachtung geschickten Erneuerbare-Gase-Gesetz (EGG) klaren Rückenwind: "Die starke Verankerung der inländischen Biogaserzeugung im nun vorgelegten Begutachtungsentwurf ist für unsere Versorgungssicherheit von großer Bedeutung." Da eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Nationalrats zum Beschluss notwendig ist, fordert er die Oppositionsparteien auf, ihren Lippenbekenntnissen nun auch Taten für den Erneuerbaren-Ausbau folgen zu lassen und für einen zügigen Beschluss zu sorgen.

Mehr Unabhängigkeit von politischen Krisenregionen, mehr Klimaschutz

"Die letzten Monate haben klar bestätigt, was wir schon lange fordern, nämlich dass wir dringend einen breiten Ausbau aller nachhaltigen Energieformen - so auch von Biomasse und Biogas - brauchen. Mehr Erneuerbare bedeuten mehr Klimaschutz und somit Lebensgrundlagenschutz sowie mehr Unabhängigkeit von politischen, unsicheren Krisenregionen. Die im Rahmen des EGG geplanten Ausbauschritte müssen nun raschest beschlossen und mit Leben erfüllt werden. Die Politik muss gemeinsam bei der Stärkung unserer Versorgungssicherheit in Österreich mehr Gas geben und zwar Grünes Gas. Die Unsicherheit und Abhängigkeit bei Gas und Energie darf nicht ständig wie ein Damoklesschwert über unseren Köpfen baumeln und die Inflation befeuern", betont Moosbrugger. "Es ist gut, mit Norbert Totschnig einen Minister und Fachexperten in der Regierung zu haben, der die diesbezüglichen Potenziale der heimischen Land- und Forstwirtschaft kennt und die bäuerlichen Familienbetriebe als Partner zur Krisenbewältigung sieht und einbindet."

Auch Nachhaltigkeitsbekenntnis der Opposition notwendig

"Nachdem der Biogas-Ausbau in Österreich seit 2008 und somit seit rund 15 Jahren praktisch zum Erliegen gekommen war, begrüßen wir das von der Regierung in Begutachtung geschickte Erneuerbare-Gas-Gesetz mit seinen ambitionierten Zielen. Ein zügiger Beschluss ohne weitere Abschwächungen oder Hürden ist nun dringend erforderlich. Der angekündigte Turbo der Regierung muss gute Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit sowohl für die notwendige Umrüstung der bestehenden Biogasanlagen an geeigneten Standorten, als auch für den Aufbau neuer Produktionskapazitäten mit sich bringen", so der LKÖ-Präsident. "Da es um eine Mehrheitsfindung für eine Rechtsmaterie im Verfassungsrang geht, ist auch die Zustimmung der Opposition erforderlich. Ein umfassendes Nachhaltigkeitsbekenntnis aller Parlamentsfraktionen ist gefordert und darf keinesfalls irgendeinem kleinkarierten politischen Geplänkel zum Opfer fallen", erklärt der LKÖ-Präsident.

Grüngas-Ausbau in Österreich schafft Versorgungssicherheit

Der Erdgasbedarf Österreichs lag in den letzten Jahren bei ca. 90 TWh/a (= ca. 8,5 bis 9 Mrd. m<sup>3</sup>/a). Die innerösterreichische Erdgasproduktion ist in den letzten Jahren auf ca. 6 TWh/a (= ca. 600 Mio. m<sup>3</sup>) eingebrochen. Der Selbstversorgungsgrad erreicht somit bei Erdgas nur 7% des durchschnittlichen Jahresbedarfes. "Statt weitere 'Endlos-Diskussionen' über theoretische und

realisierbare Potenziale für Erneuerbare Gase zu führen, müssten jetzt endlich praxistaugliche Rahmenbedingungen für die notwendigen Investitionen geschaffen werden. In der gegebenen geopolitischen Situation sind die Unsicherheiten für die Bereitstellung und Kosten für ca. 80 TWh/a fossiles Erdgas größer, als für den Aufbau der eigenen Produktionskapazitäten für 7,5 TWh/a Grüne Gase bis 2030", gibt Moosbrugger zu bedenken. "Der Ausbau der Produktionskapazitäten für erneuerbare Gase mit allen in Österreich verfügbaren Technologien ist eine zentrale Zukunftsfrage", schließt der LKÖ-Präsident. (Schluss) APA OTS 2023-02-15/13:52

## Agrarvertreter sprechen mit EU-Umweltkommissar über Wolfsproblematik

### Forderungskatalog übergeben

Straßburg, 15. Februar 2023 (aiz.info). - Vertreter der Almwirtschaft aus Österreich, Südtirol und Bayern haben in Straßburg EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius ihren länderübergreifenden Forderungskatalog zum Großraubtier Wolf vorgelegt. Darin wird eine Neubewertung und Herabstufung des Schutzstatus für Großraubtiere in der Europäischen Union gefordert. Beides soll laut Forderungskatalog in der entsprechenden EU-Gesetzgebung, der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, sowie in der Berner Konvention des Europarats umgesetzt werden. Unterstützung erhalten sie von den ÖVP-Europaabgeordneten **Alexander Bernhuber** und **Simone Schmiedtbauer**

"Die EU muss wolfsfreie Zonen schaffen, um den ländlichen und alpinen Raum zu schützen", fordern die Europaabgeordneten des Bauernbundes Bernhuber und Schmiedtbauer bei einem Austausch mit dem Umweltkommissar in Straßburg. "Wölfe haben sich in den letzten Jahren zunehmend zu einem Problem entwickelt und der Schutzstatus ist nicht mehr angemessen. Besonders in den Alpen sind Schutzmaßnahmen oft unmöglich. Die Forderungen der länderübergreifenden bergbäuerlichen Interessensvertretung müssen daher unbedingt rasch umgesetzt werden. Wir fordern eine wissenschaftliche Neubewertung des Schutzstatus von Wölfen. Wenn die Anzahl der Wölfe explodiert, dann muss sich auch der Schutzstatus ändern. Der zuständige Kommissar muss endlich tätig werden", fordern die beiden.

### Flächendeckende Almwirtschaft ist existenziell bedroht

"Die flächendeckende Almwirtschaft im gesamten Alpenraum ist durch die enorme Zunahme des Wolfsbestandes existenziell bedroht. Es muss sich rechtlich auch auf EU-Ebene etwas ändern, damit diese einzigartige Kulturlandschaft erhalten bleibt. Das haben wir in dieser Form beim Treffen mit dem Herrn Kommissar noch einmal klar kommuniziert. Auch, dass Herdenschutz auf den heimischen Almen in der Praxis weder umsetzbar noch finanzierbar ist, konnte klar dargelegt werden. Es braucht praktikable Lösungen - Herdenschutz ist keine davon", halten der Obmann der Almwirtschaft Österreich, **Erich Schwärzler**, der Landesobmann des Südtiroler Bauernbundes, **Leo Tiefenthaler**, der Vorsitzende des Alpenwirtschaftlichen Vereins im Allgäu, **Franz Josef Hage**, und der Vorsitzende des almwirtschaftlichen Vereins Oberbayern, **Josef Glatz**, sowie die Obmänner aus Tirol und Kärnten, **Josef Lanzinger** und **Josef Obweger**, in einem gemeinsamen Statement fest.

Der Umweltkommissar habe beim Arbeitsgespräch in Straßburg seine Unterstützung gegenüber der europäischen Almwirtschaft bekräftigt und auf die Ausnahmeregelungen, welche die FFH-Richtlinie ermögliche, verwiesen. Final betonte der Umweltkommissar, dass - ohne wissenschaftlich basierte Zahlen zu nennen - der Wolf den günstigen Erhaltungsstand noch nicht erreicht habe, eine Herabstufung des Schutzstatus sehe er in Zukunft nicht. Für weitere Gespräche mit den Vertretern der Almwirtschaft stehe der Kommissar zur Verfügung, heißt es in einer Presseaussendung von Bernhuber und Schmiedtbauer. (Schluss)

## **Nutztierbestände waren 2022 in Österreich allesamt rückläufig**

### **Knapp 5% weniger Schweine**

Wien, 15. Februar 2023 (aiz.info). - Die Zahlen der Nutztierbestände von Schweinen, Rindern, Schafen und Ziegen waren in Österreich im Jahr 2022 rückläufig. Laut Statistik Austria wurde gemäß der "Allgemeinen Viehzählung" mit Stichtag 1. Dezember 2022 ein Schweinebestand von 2,65 Mio. (-4,9% bzw. 135.400 Tiere) erhoben. Im Vergleich zum 1. Dezember 2021 waren bei Schweinen in allen Tierkategorien Bestandsrückgänge zu verzeichnen. So sanken die Zahlen der Ferkel und Jungschweine um 4,8% auf 1,32 Mio., jene der Mastschweine um 4,5% auf 1,12 Mio. und die der Zuchtschweine um 7,0% auf 212.000 Tiere.

Bei den Rindern waren es rund 1,86 Mio. Tiere, die zum Stichtag 1. Dezember 2022 in Österreich gehalten wurden und somit um 0,5% bzw. 9.000 Tiere weniger als 2021. Statistik Austria weist jedoch darauf hin, dass wegen methodischer Anpassungen bei der Berechnung der Nutzungsart der Rinder die Bestände der entsprechenden Tierkategorien nur bedingt mit dem Vorjahresergebnis vergleichbar sind.

Auch die Bestände an Schafen und Ziegen nahmen um 0,4% auf 400.700 bzw. 1,6% auf 99.000 Tiere ab. Der Bestand an Mutterschafen und gedeckten Lämmern sank im Vergleich zu Dezember 2021 um 2,5% auf 234.000 Tiere, während jener der anderen Schafe um 2,7% auf 166.700 anstieg. Die Anzahl an Ziegen, die bereits gezickelt haben, sowie gedeckter Ziegen erhöhte sich um 1,5% auf 64.700 Tiere. Der Bestand der anderen Ziegen nahm hingegen um 6,9% auf 34.300 Tiere ab, geht aus den Zahlen von Statistik Austria hervor.

### **Schweinehaltung im Detail**

In der Schweineproduktion verringerte sich konkret die Zahl an Ferkeln um 2,9% auf 635.800 und Jungschweinen um 6,5% auf 680.500 Tiere. Gegenüber 2021 war die Zahl der Mastschweine in der Gewichtsklasse 50 bis unter 80 kg (-3,4% auf 519.000) ebenso rückläufig wie jene der 80 bis unter 110 kg (-5,9% auf 455.300) und der zumindest 110 kg schweren Tiere (-3,8% auf 147.500). Bei den Zuchtsauen verringerte sich sowohl der Bestand an Jungsauen um 9,0% auf 41.200 als auch jener der älteren Sauen um 6,5% auf 167.200. Die Zahl der gedeckten Sauen belief sich auf insgesamt 146.500 (-7,2%). Der Anteil der in der Schweinehaltung maßgeblichen Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark nahm mit 94,0% des Gesamtbestands geringfügig zu (2021: 93,7%).

### **Rinderhaltung nach Nutzungsart gegliedert**

Der Bestand an Rindern unter einem Jahr nahm gegenüber 1. Dezember 2021 um 2,3% auf 597.000 Tiere ab. Die Zahl der Schlachtkälber sank dabei auf 44.000 (-71,5%), während jene der anderen Kälber und Jungrinder auf 553.000 (+21,0%) anstieg.

Mit einem Plus von 2,2% erhöhte sich der Bestand der ein bis unter zwei Jahre alten Rinder im Dezember 2022 auf 430.100 Tiere. Dabei nahm sowohl die Anzahl der Stiere und Ochsen (+3,1% auf 166.000) als auch jene der Nutz- und Zuchtkalbinnen (+10,7% auf 199.300) zu, während die Zahl der Schlachtkalbinnen (-19,0% auf 64.800 Tiere) sank.

Ein geringer Bestandsrückgang um 0,5% auf 834.000 Tiere wurde auch in der Altersklasse der zumindest zwei Jahre alten Rinder verzeichnet. Gegenüber dem Vorjahr sank sowohl die Zahl der Schlachtkalbinnen (-21,2% auf 14.800) als auch jene der anderen Kühe (-15,0% auf 157.800). Bestandszuwächse gab es hingegen bei Stieren und Ochsen (+6,5% auf 21.800), Nutz- und Zuchtkalbinnen (+2,7% auf 89.000) sowie bei Milchkühen (+4,6% auf 550.600 Tiere).

Die Zahl der am Stichtag rinderhaltenden Betriebe sank im Jahresabstand um 2,1% auf 52.500. Die durchschnittliche Bestandsdichte lag wie im Vorjahr bei 35 Rindern je Betrieb.

#### Weniger Schlachtungen

Laut Statistik Austria sank 2022 die Anzahl der in Schlachthäusern und als tauglich befundenen (Fleisch zum menschlichen Verzehr geeignet) Schweineschlachtungen um 4,3% auf 4,88 Mio. Stück. Rückgänge wurden im Vergleich zu 2021 auch bei den Schlachtungen von Rindern (-0,8% auf 639.000 Stück) und Einhufern (-1,4% auf 412 Stück) verzeichnet. Dem gegenüber erhöhte sich die Zahl der Schlachtungen bei Schafen (+1,1% auf 169.100 Stück) und Ziegen (+8,1% auf 11.300 Stück). Regional betrachtet entfiel der größte Teil der bundesweiten Rinderschlachtungen auf Oberösterreich (31,3%), das auch bei Ziegen (34,9%) und Einhufern (45,9%) den Spitzenplatz einnahm. Den größten Anteil an Schweineschlachtungen meldete hingegen die Steiermark (40,4%), während Niederösterreich bei Schafen (47,0%) führend war.

Der Rotfleischanteil lag damit bei 695.000 t. Darüber hinaus wurden 2022 auch 101,83 Mio. Stück Geflügel geschlachtet, woraus sich als Summe aller Herrichtungsformen ein Schlachtgewicht von insgesamt 143.600 t ergab, so Statistik Austria. (Schluss)

## LK Kärnten spricht sich entschieden gegen Mercosur aus

Huber: Scheinheiliges Manöver der EU-Kommission gefährdet bäuerliche Betriebe

Klagenfurt, 15. Februar 2023 (aiz.info). - Deutliche Nachteile für heimische Rinderhalter und ein Vorschreiten des Bauernsterbens erwartet Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten-Präsident **Siegfried Huber** durch das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten. "Tritt das Abkommen in dieser Form in Kraft, trifft das die Kärntner Landwirtschaft mitten ins Herz", warnt der LK Kärnten-Präsident vor einem möglichen Abschluss des Abkommens durch die Hintertür.

Geht es nach der EU-Kommission, soll laut Huber das Abkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay durch eine "Zerstückelung" in zwei Teile gegen das Nein einiger Mitgliedstaaten - darunter auch Österreich - beschlossen werden. "Dass die EU-Kommission quasi im Abgang ein Abkommen auf dem Rücken der europäischen Bauern durchpeitschen will, um den Forderungen der europäischen Autoindustrie nachzukommen, ist in Zeiten des Klimawandels und eines Krieges, der gezeigt hat, wie wichtig eine sichere Eigenversorgung mit heimischen Lebensmitteln ist, skandalös und unverantwortlich", unterstreicht der LK Kärnten-Präsident.

Kärntens Rinderbauern besonders betroffen

Bei einer Ratifizierung des Abkommens, geht Huber von einem verstärkten Marktdruck vor allem bei Rindfleisch aus. "Neben Geflügel und Zucker würde vor allem billig produziertes Rindfleisch zu Dumping-Preisen den europäischen Markt überschwemmen. Viele Bauern würden die damit verbundenen Einkommensverluste nicht verkraften und aufgeben", warnt Huber. Mit einem Anteil von rund 70% seien die Rinderhalter das Rückgrat der kleinstrukturierten Landwirtschaft in Kärnten. "Die Mutterkuhhalter würden als erste unter die Räder kommen. Es sind gerade sie, die eine flächendeckende Bewirtschaftung der Almen und extensiven Wiesen und Weiden sicherstellen", hält der LK Kärnten-Präsident fest.

Green Deal: EU zieht Daumenschrauben an

Als klaren Verlierer des Abkommens sieht Huber neben den Bauern auch die Umwelt. Denn wie Studien der EU-Kommission zeigten, sei die Klimabilanz von heimischem Rindfleisch um bis zu viermal besser als jene von Fleisch aus Argentinien oder Brasilien. "Während bei den Importen egal zu sein scheint, welche Auswirkungen es auf die Umwelt gibt, dreht die EU mit dem Green Deal die Daumenschrauben für die heimischen Bauern immer weiter an. Das passt nicht zusammen", sagt Huber, der sich für eine Stärkung der heimischen Produktion ausspricht: "Die Zukunft der Landwirtschaft liegt nicht in Importen aus den Ländern mit Agrarindustrie, sie liegt in einer bäuerlich-nachhaltigen Produktion vor Ort." (Schluss)

## Übermütige Motorschlitten-Fahrer verärgern Landwirte im Mühlviertel

Schäden auf Äckern, Wiesen und in Wäldern sind enorm

Linz, 15. Februar 2023 (aiz.info). - In Oberösterreich sind nach ausreichend Schneefall erneut ungestüme Motorschlittenfahrer auf Wiesen, Feldern und in Wäldern unterwegs. Sehr zum Missfallen der Landwirtinnen und Landwirte. "Die Schäden auch auf unseren Feldern sind enorm, besonders, wenn nicht viel Schnee liegt. Die Motorschlitten reißen mit ihren Antriebsketten die junge Saat aus den Feldern heraus. Das kann nicht sein. Wir bewirtschaften unsere Felder und Wiesen unter hohen Umweltauflagen und bei den Motorschlittenfahrern scheint fast alles egal zu sein, als ob es kein Morgen gibt", zeigen sich der Bauernbund-Obmann-Stellvertreter **Klaus Enzenhofer** und Ortsbauernobmann **Florian Enzenhofer**, beide Milchviehbauern aus Vorderweißenbach, wo die zweifelhafte Sportart inzwischen extreme Ausmaße angenommen hat, verärgert. Der OÖ Bauernbund fordert eine öffentliche Debatte, um die Bevölkerung zu sensibilisieren.

"Den Landwirten geht es aber nicht nur um den Schaden der entstanden ist, sondern auch um die zunehmende Respektlosigkeit der Menschen gegenüber der Natur und bäuerlichem Eigentum. Der Respekt ist verloren gegangen. Keiner interessiert sich dafür, ob da etwas wächst. Die Menschen denken sich gar nichts dabei und glauben, es ist ihr gutes Recht über die Felder zu fahren", beklagt der Vorderweißenbacher Ortsbauernobmann.

Seit rund fünf Jahren seien die Motorschlittenfahrer mit ohrenbetäubendem Geräusch zu jeder Tages- und Nachtzeit unterwegs. Die Wildtiere seien dadurch verstört und stünden unter enormem Stress, der die Tiere besonders in der kalten Jahreszeit, wo sie mit ihren Energiereserven haushalten müssen, belastet.

Klaus Enzenhofer konnte kürzlich einige Fahrer anhalten und zurechtzuweisen. "Viele nehmen, aus Sorge erkannt zu werden, ihre Helme nicht ab. Ein weiteres Problem ist auch, dass die Motorschlitten keine Nummerntafeln haben und deshalb nicht auf den Eigentümer rückgeschlossen werden kann. Mir geht es ja primär nicht um den entstandenen Sachschaden, sondern vor allem darum, dass das Verständnis für die bäuerliche Arbeit immer weniger vorhanden ist."

Dabei erzeugen wir Bäuerinnen und Bauern nach den global betrachtet höchsten Produktionsnormen hervorragende Qualitätslebensmittel. Auch in Sachen tierwohlgerechter Haltung nehmen Österreichs bäuerliche Familienbetriebe eine weltweite Vorreiterrolle ein. Der unnötige Stress für die Wildtiere durch übermütige Motorschlittenfahrer muss aufhören", fordert Florian Enzenhofer. (Schluss)